



AUSGABE JULI 2020

# AKTUELLES AUS DEM LANDTAG



## ALEXANDER BAUER MdL



Liebe Leserin,  
lieber Leser,

*ich freue mich über Ihr Interesse an aktuellen Informationen zu meiner Tätigkeit als Abgeordneter im Hessischen Landtag. Seit 2008 bin ich als direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter in Wiesbaden als „Brücken-Bauer“ aktiv. Mit starker Stimme vertrete ich seither die Anliegen unserer Bergsträßer Heimat und arbeite engagiert an einer guten Zukunft für Hessen. Dabei hilft mir meine langjährige kommunalpolitische Erfahrung, die Zuständigkeit als Innenpolitischer Sprecher und die Arbeit als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion. Begleiten Sie mich mit Lob und Tadel. Sie erreichen mich auf unterschiedlichen Kanälen. Ich bin in meiner Heimatregion bei unterschiedlichen Anlässen vor Ort präsent. Gerne können Sie mich bei einer Veranstaltung ansprechen oder Sie vereinbaren einen persönlichen Termin über mein Wahlkreisbüro in Heppenheim.*

Ihr  
**Alexander Bauer**

## RESPEKT UND SCHUTZ FÜR EINSATZKRÄFTE



Es sind erschreckenden Aufnahmen aus Stuttgart. Videos zeigen Angriffe auf Polizisten und Polizeifahrzeuge, Zerstörungen von Schaufenstern und Plünderungen. Nach den Ausschreitungen in Stuttgart waren Aufnahmen verbreitet worden, bei dem ein Polizist einen mutmaßlichen Randalierer am Boden fixiert. Plötzlich rennt eine vermummte Person auf den Polizisten zu und tritt ihn mit voller Wucht und durchgestrecktem Bein zu Boden. Dieser brutale Angriff ist ein aktuelles Beispiel für die bundesweit wachsende Zahl an Übergriffen auf Einsatzkräfte. Äußerungen der SPD-Bundesvorsitzenden

zu Rassismuskorrekturen gegenüber der Polizei und eine hetzerische Kolumne in der TAZ, die Polizisten entmenslicht und als Abfall beschimpft, schüren das Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber unseren Sicherheitskräften und tragen damit mittelbar zu einer Verrohung der Bürger im Umgang mit unseren Schutzleuten bei. Für uns als CDU ist klar, wer andere schützt, braucht dringend den Rückhalt unserer Gesellschaft. Wir fordern Wertschätzung und Dank statt Generalverdacht und Respektverlust gegenüber unseren Helferinnen und Helfern. Es macht mich sprachlos, wenn diejenigen, die – gerade in der Corona-Krise – ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, um andere zu schützen, sich haltlosen Vorwürfen und Angriffen ausgesetzt sehen. Dabei wäre es gerade in der aktuellen Zeit angebracht, unseren Polizeibeamten Anerkennung und Wertschätzung entgegenzubringen, um ihnen bei ihrer alltäglichen Arbeit den Rücken zu stärken.



## Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die letzte Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor den Sommerferien vor. Zwei lange und intensive Plenarwochen mit wichtigen und zukunftsstragenden Entscheidungen liegen hinter uns. Insbesondere der Beschluss und die Umsetzung des 12 Mrd. schweren Hilfspaketes zur Bewältigung der Corona-Krise ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Auswirkungen des Virus und ein starkes Zeichen für unsere Handlungsfähigkeit. Gerade jetzt, in diesen außergewöhnlichen Zeiten müssen wir gewährleisten, was die Menschen am meisten brauchen: planbare und verlässliche Hilfen.

Die Hessinnen und Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung sie bestmöglich durch die Krise führt. Diesem Anspruch wollen wir mit dem außergewöhnlichen Schritt eines Sondervermögens von bis zu 12 Mrd. Euro gerecht werden. Durch das Sondervermögen

helfen wir nicht nur mit weiterem Geld für Gesundheitsschutz, den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie für unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir nutzen auch Chancen, die in der Krise liegen, modernisieren unser Land und investieren etwa in Digitalisierung und Klimaschutz. Bürger, Unternehmen, Arbeitnehmer, Vereine, Kommunen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sollen wissen, dass wir sie im Blick haben und hart daran arbeiten, Ihnen für die kommenden Jahre Sicherheit zu geben.

In einem ausführlichen Beitrag beschäftigen wir uns mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Mordfall Dr. Walter Lübcke. Der Tod unseres Freundes Walter Lübcke schmerzt nach wie vor sehr und lässt uns alle und insbesondere die CDU-Familie weiterhin fassungslos zurück. Polizei, Justiz und Ermittlungsbehörden haben in den vergangenen 12 Monaten akribisch und mit vollem Einsatz daran gearbeitet, dass dieses abscheuliche Verbrechen aufgearbeitet wird und dass die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Mit dem am 16. Juni begonnenen Prozess vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein wichtiger Schritt getan, um die mutmaßlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Parallel zu diesem Prozessbeginn wurde in der vergangenen Woche ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Wir haben diesem Ausschuss zugestimmt, nicht weil es unser Wille war, sondern weil wir es als unsere Pflicht und Verantwortung empfunden

haben. Es geht um den Mord an unserem Freund, einem von uns, einem Teil der CDU-Familie. Umso deutlicher möchte ich unterstreichen: Niemand hat ein größeres Interesse an der Aufklärung der Tat und der Hintergründe als wir. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern vor allem auch die Familie Lübcke zu schützen und ihr in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen. Denn gerade für sie beginnt mit dem Prozess und den ständigen Anlässen zu neuen Berichterstattungen wiederum eine Zeit, die keiner von uns jemals nachempfinden kann und möchte. Aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden für sie da.

Abschließend geben wir in dieser Ausgabe Informationen zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes und ein klares Bekenntnis der Wertschätzung für die Arbeit unserer Polizei und Einsatzkräfte. Gerade im Zuge der Ausschreitungen in Stuttgart und den latenten Rassismuskorruptionen und Unterstellungen aus linken Teilen von Gesellschaft und Politik verdienen sie unser aller Rückhalt und Dank für ihre tägliche Arbeit.

Eine interessante Lektüre und vor allem schöne und erholsame Sommertage wünscht Ihnen

### Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

# EINSETZUNG UNTER MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Der schreckliche Mord an unserem CDU-Parteifreund und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hat Hessen erschüttert. Die Tat am 2. Juni 2019 ist zweifellos eine tiefe Zäsur für jeden, der Walter Lübcke kannte. Darüber hinaus ist sie ein tiefer Einschnitt für unser demokratisches Gemeinwesen und für unser gesamtes Land. Erstmals seit den niederträchtigen Morden der RAF ist ein Repräsentant unseres Staates und unserer freiheitlichen Demokratie offenbar gezielt und aus niederträchtigen Motiven zum Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden.

Immer noch fragen sich viele und fragen auch wir uns, wie konnte es dazu kommen. Wie ist es möglich, dass in diesem freien, demokratischen Land ein Politiker mutmaßlich wegen seiner Äußerungen, seiner Ansichten Opfer eines feigen Mordes werden konnte. Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender Mensch, ein Brückenbauer, der die Interessen der Bürger in Nord- und Osthessen und weit darüber hinaus mit großer Empathie vertreten hat. Er war zehn Jahre lang Mitglied unserer Fraktion im Hessischen Landtag, ein beherzter Christdemokrat und demokratischer



Vorkämpfer, der für seine Grundsätze und Werte eingetreten ist und als Kasseler Regierungspräsident humanitäre Größe in schwierigen Zeiten bewiesen hat. Umso unverständlicher ist es, dass es genau diese vorbildlichen Tugenden waren, die ihm menschenverachtende Anfeindungen und puren Hass entgegenbrachten. Er wurde zum Feindbild von Rechtsradikalen, aus deren Reihen er hinterrücks und kaltblütig ermordet wurde. Unsere Betroffenheit geht bis ins Mark, auch weil es nach wie vor unbegreifbar ist, was an jenem 2. Juni geschah.

Der Prozessauftritt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein sehr wichtiger Schritt, die fürchterliche Tat und ihre Hintergründe aufzuklären. Unsere Gedanken sind dabei einmal mehr bei der Familie von Walter Lübcke, die in dem Prozess als Nebenkläger auftritt. Für sie beginnt wiederum eine schwere Zeit, aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden weiter fest an ihrer Seite.

Parallel zu dem Prozessbeginn wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Ein Ausschuss, den es aus unserer Sicht nicht gebraucht hätte, dient er doch - wie die Verlautbarungen der Opposition in diesen Tagen zeigen - eher der parteipolitischen

Profilierung als der eigentlichen Aufklärung. Parteipolitische Interessen haben jedoch angesichts der Tat in den Hintergrund zu treten. Unser Innenminister Peter Beuth hat in den vergangenen zwölf Monaten in praktisch jeder Sitzung des Innenausschusses Stellung genommen und den Ausschuss ausführlich unterrichtet. Ebenso haben die Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz alles dafür getan, die Tat schnellstmöglich aufzuklären und die Anklage der Bundesanwaltschaft vorzubereiten. Ihnen gebührt dafür unser tief empfundener Dank.

Insofern bestand aus Sicht der CDU-Fraktion keine Not, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und dennoch haben wir dem Antrag zugestimmt. Nicht, weil es unser Wunsch war, sondern weil wir es als unsere Pflicht empfunden haben. Es geht um Mord, um das abscheuliche Verbrechen an unserem Freund Dr. Walter Lübcke.

Mit der Zustimmung machen wir zudem deutlich, dass unser Hessischer Innenminister im Innenausschuss des Landtags bereits alles, was nun an Dokumenten gefordert wird, bereits auf den Tisch gelegt hat. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern auch und insbesondere die Familie des Opfers zu schützen. Die Familie Lübcke hat unermessliches Leid erfahren und die ständigen Anlässe zu neuen

Berichterstattungen, der Prozess und viele andere Umstände führen dazu, dass der nicht enden wollende Schmerz immer wieder neu entflammt. Als CDU-Fraktion, die Fraktion von Walter Lübcke wollen und werden wir daher nicht zulassen, dass die Familie vor den Ausschuss zitiert wird. Bei allem politischen Diskurs, der in der nun anstehenden parlamentarischen Befassung mit diesem Mord sicherlich noch geführt werden wird, sollte es die gemeinsame Auffassung und Konsens aller Parlamentarier sein, Rücksicht zu nehmen auf die Menschen, die von den Geschehnissen des 2. Juni 2019 härter getroffen wurden als jeder andere.

Abschließend möchte ich überdies einen Punkt noch unmissverständlich deutlich machen: Die Zustimmung der CDU zu diesem Antrag, den auch die Linke mit eingereicht hat, ändert nichts an unserer glasklaren Haltung, an unserer Abgrenzung nach links und rechts außen. Wir werden es in keiner Weise zulassen, dass die Linke den Mord an Dr. Walter Lübcke instrumentalisiert. Unsere Zustimmung erfolgte aus Verantwortung, aus der Pflicht gegenüber Walter Lübcke. Sie bedeutet keine Abkehr von unseren Parteitagebeschlüssen und unserer inneren Überzeugung, dass wir mit Kräften, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, inhaltlich in keiner Weise zusammenarbeiten. Und das gilt links wie rechts!

# MEHR FACHKRÄFTE IN DIE KITAS

*Claudia Ravensburg, sozialpolitische Sprecherin*

Wir freuen uns sehr, dass in Hessen die Kinderzahlen kontinuierlich steigen. Zeigt es doch auch, dass Hessen ein familienfreundliches Land ist. Die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen ist daher in allen Landesteilen geplant. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit einem eigenen Investitionsprogramm in Höhe von 142 Mio. Euro. Doch was bringen Kitaplätze, wenn es an Erzieherinnen und Erziehern fehlt? In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit den Trägern der Erzieherfachschulen die Schulplätze auf über 8400 Plätze verdoppelt. Darüber hinaus ermöglichen wir in 2020 und 2021 jeweils 600 jungen Menschen eine dualisierte praxisorientierte Ausbildung, wobei das Land in den Kitas die Anleitung übernimmt und die Vergütung zahlt.

Zudem haben wir im Rahmen der am 25. Juni verabschiedeten Novelle des Hes-

sischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes den Fachkräftecatalog moderat erweitert. So werden mit Inkrafttreten des Gesetzes Heilerziehungspfleger in allen Kitas als Fachkraft anerkannt und Sozialassistenten, Kinderpfleger und auch Personen mit fachfremden Abschlüssen zur Mitarbeit in den Gruppen zugelassen. Diese Kräfte müssen bereits Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit haben und werden zu einer Fortbildung im Bereich frühkindliche Bildung verpflichtet.

So kann beispielsweise die Logopädin in Kitas mitarbeiten, die sich auf Sprachförderung spezialisiert haben oder der Waldpädagogin in Waldkitas sein Fachwissen in die Betreuung der Kinder einfließen lassen. Hierbei handelt es sich ausdrücklich um Einzelfälle, die vom Jugendamt genehmigt werden müssen und nur 15 % des Betreuungspersonals umfassen dür-

fen. Die Öffnung des Fachkräftecataloges soll auf keinen Fall die Qualität in unseren hessischen Kitas herabsetzen, sondern die Betreuung unserer Kinder viel mehr bereichern. Mit diesem Schritt folgen wir den Forderungen der Kindergartenträger, die in der Gesetzesanhörung im Mai unisono eine solche Öffnung gefordert haben.





## DIE HESSEN ERWARTEN EINE HANDLUNGSFÄHIGE REGIERUNG

Die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse ist ein hohes Gut. In den vergangenen Jahren war es uns möglich, die Neuverschuldung stetig abzubauen und sogar Altschulden zurückzuzahlen. Es gilt auch weiterhin, dass ein strukturelles Neuverschuldungsverbot in der Hessischen Verfassung steht. Solche strukturellen Schulden dürfen weiterhin nur in einem Katastrophenfall oder einer Notsituation aufgenommen werden. Dazu muss es einen Abbaupfad für diese Kredite geben.

In den letzten Wochen haben wir feststellen müssen, dass die bisherige Hürde der 2/3-Mehrheit für die Fest-

stellung dieser Notsituation die Opposition dazu verleiten kann, die Regierung zu blockieren. Was die Menschen in Hessen jedoch jetzt benötigen ist keine Blockadepolitik, sondern eine Regierung, die schnell und kraftvoll agieren kann. Die Menschen benötigen Planungssicherheit, nicht nur für ein paar Wochen, sondern für einen langfristigen Zeitraum.

Diese Planungssicherheit bieten wir mit dem Sondervermögen, welches viele Maßnahmen enthält, die den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Kommunen helfen, besser durch die Krise zu kommen.

## ZAHL DES MONATS

# 12.000.000.000

Mit dem außergewöhnlichen Schritt eines kreditfinanzierten Sondervermögens in Höhe von bis zu 12 Milliarden Euro wollen wir der außergewöhnlichen Situation durch die Corona-Pandemie gerecht werden. Bei dem Sondervermögen handele es sich um eine Kreditermächtigung, nicht um eine Kreditvergabe. Wir werden genau abwägen, welche Beträge wir einsetzen müssen, damit unser Land gestärkt aus der Pandemie herauskommt und wir nicht der Krise hinterher sparen.

## LAMPERTHEIM ERHÄLT LANDESDARLEHEN

Die Stadt Lampertheim kann in diesem Jahr aufgrund projektbezogener Darlehen des Landes wichtige Baumaßnahmen durchführen. Für den Neubau des Bauhofs werden 420.000 Euro und für die Erneuerung der Abwasserkanäle noch einmal 500.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das Geld stammt in beiden Fällen aus dem Hessischen Investitionsfonds und wird über die Wirt-

schafts- und Infrastrukturban Hessen (WI Bank) abgewickelt. Der Kredit hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Lampertheim kann mit dieser Hilfe zwei wichtige Baumaßnahmen für die Infrastruktur der Stadt verwirklichen und schont dabei den städtischen Haushalt. Das ist eine gute Nachricht aus Wiesbaden für die Spargelstadt.

## 2,4 MIO. LANDESDARLEHEN FÜR KINDERGARTENNEUBAU IN EINHAUSEN



Die Gemeinde Einhausen erhält für den Ersatzneubau der evangelischen Kindertagesstätte ebenso ein Darlehen über 1,2 Mio. Euro wie für den Neubau des Kindergartens ‚Friedhofsweg‘. Das Geld stammt in beiden Fällen aus dem Hessischen Investitionsfonds und wird über die Wirtschafts- und Infrastrukturban Hessen (WI Bank) abgewickelt. Der Kredit hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Einhausen kann mit dieser Hilfe zwei wichtige Baumaßnahmen für seine kleinsten Bürger verwirklichen und dabei den Gemeindehaushalt schonen.

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552  
E-Mail: [cdu-fraktion@ltg.hessen.de](mailto:cdu-fraktion@ltg.hessen.de)  
[twitter.com/cdu\\_fraktion](https://twitter.com/cdu_fraktion)  
[facebook.com/cdufraktionhessen](https://facebook.com/cdufraktionhessen)  
[www.instagram.com/cdufraktion](https://www.instagram.com/cdufraktion)

### Alexander Bauer MdL

Wahlkreis Bergstrasse I  
Schönbacher Straße 5 | 64646 Heppenheim  
Tel.: 06252 – 98 21 44 | Fax: 06252 – 7 10 90  
[www.bruecken-bauer.de](http://www.bruecken-bauer.de)  
[facebook.com/BrueckenBauer](https://facebook.com/BrueckenBauer)  
[twitter.com/@Bauer\\_MdL](https://twitter.com/@Bauer_MdL)  
[instagram.com/@bauer\\_mdL](https://instagram.com/@bauer_mdL)  
Fotos: Privat, Scarlett Rüger, Marius Schmitt,  
[Pixabay.de](http://Pixabay.de), [cduhessen.de](http://cduhessen.de)